

des Arbeitsplatzes mit sich bringt und in diesem Zusammenhang die Forderung nach einem solch elementaren Menschenrecht wie dem Recht auf Arbeit immer lauter wird. Inflationäre Preistreiberei, Abbau sozialer Leistungen, wachsende soziale Unsicherheit, Ausbau des staatlichen Repressivapparates und vieles mehr lassen das völlige Fehlen bzw. die Aushöhlung in jahrzehntelangen Kämpfen errungen Rechte für Millionen und Abermillionen immer spürbarer werden. Nicht zuletzt läßt das vom Imperialismus angeheizte Wettrüsten die Erkenntnis wachsen, daß das elementare Menschenrecht auf Leben permanent bedroht ist. Den daraus erwachsenden Problemen und Aktionen der Werktätigen versucht der Imperialismus auf seine Weise zu begegnen.

— Angesichts der sich verschärfenden allgemeinen Krise des kapitalistischen Systems und der damit für die Werktätigen in den kapitalistischen Staaten verbundenen vielfältigen negativen Folgen tritt die Überlegenheit des realen Sozialismus noch deutlicher hervor. Während so elementare Menschenrechte wie das Recht auf Arbeit, auf allseitige Entwicklung der Persönlichkeit, soziale Sicherheit — um nur einige zu nennen — im Imperialismus günstigenfalls auf dem Papier stehen, ist ihre Verwirklichung im Sozialismus garantiert. Realer Sozialismus bedeutet reale Menschenrechte. Diese Erkenntnis dringt auch in das Bewußtsein von Millionen Werktätigen in der kapitalistischen Welt. Dem versucht der Imperialismus entgegenzuwirken.

— Maßgebende Kreise des Imperialismus sind seit langem bestrebt, sich unter der Flagge der Entspannung in die inneren Angelegenheiten der sozialistischen Staaten einzumischen.

Schon 1966 hatte beispielsweise F. J. Strauß gefordert: „Der Westen muß Koexistenz und Entspannung... als politische Waffe sehen, mit der er eine ‚Demokratisierung⁴ und Liberalisierung⁴ innerhalb des kommunistischen Lagers fördern kann mit dem Ziel, dort von innen her den Kommunismus zu überwinden.⁴⁴ Mit der Menschenrechtsdemagogie glaubte man die Sowjetunion und andere sozialistische Staaten „unter Veränderungsdruck⁴⁴ setzen zu können. Dieser strategischen Konzeption zufolge soll die Konterrevolution in den Rang eines „un-

Nazi-Mörder treten als „Menschenrechts“-Apostel auf

imperialistische Politiker und Ideologen verschiedenster Richtungen haben sich unter dem Dirigat der extremsten Entspannungsfeinde im antikommunistischen „Menschenrechts⁴⁴ Orchesterzusammengefunden. Und mancher sich seriös gebende Mitwirkende in diesem Mißklangkörper mag sich die Frage selbst beantworten, wie er das Zusammenspiel mit solchen Männern wie beispielsweise dem ehemaligen Nazi-Marinerichter und heutigen stellvertretenden CDU-Vorsitzenden und erst nach starkem internationalen Protest abgetretenen badenwürttembergischen Ministerpräsidenten Filbinger begründen und verantworten will. Ausgerechnet Nazi-Mörder und Demokratenhasser werden aufgeboten, um den sozialistischen Staaten Lektionen in Sachen Menschenrechte zu lesen! Ein mehrfacher Nazi-Mörder und Berufsverbots-Fanatiker als Vorkämpfer der Menschenrechte — ein schreiender Widerspruch, grotesk und skandalös zugleich. Ist Filbinger ein Einzelfall? Keineswegs. Denn vor Filbinger gab es die Oberländer und Globkes, die Lübkes und Fränkels, die Skorzenys

„antastbaren Menschenrechts“ erhoben werden.

Von den eigenen Gebrechen ablenken, den Sozialismus diskriminieren und sich in die inneren Angelegenheiten der sozialistischen Staaten einmischen — das sind die Kernfragen der imperialistischen Menschenrechtskampagne. Auf der 8. Tagung des ZK dōi SED erklärte dazu Genosse Erich Honecker: „Wer Division und wie immer geartete Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten für die geeignete Umgangsform hält wird wie bisher Fiasko erleiden.“⁴²

und Kapplers und wie sie alle heißen. Und neben Filbinger gibt es heute nicht nur den Bremer Stadtpräsidenten Gaul, auf dessen Konto auch Todesurteile kommen und die Mörder von Maidanek, die sich trotz eines jahrelangen Prozesses der Freiheit erfreuen und nur darauf warten, bis ihre Massenmorde „verjährt⁴⁴ sind. Neben Filbinger stehen auch mehr als 200000 Nazis, die nie verurteilt wurden und jene Kriegsverbrecher, die aus der BRD-Staatskasse bisher 248 Millionen DM an Pension erhielten. Da ist der Wunsch de'S in Brasilien gefaßten SS-Verbrechters Wagner schon verständlich, in kein anderes Land als in die BRD ausgeliefert zu werden — in jenen Staat, in dem sich Alt- und Neonazis so richtig wohl fühlen. Und exponierte Vertreter ausgerechnet dieses Staates wollen der Weltöffentlichkeit weismachen, sie hätten die Menschenrechte gepachtet! Die britische Zeitung „Tribüne“ schrieb am 8. März 1977: „Welches Menschenrecht ist heiliger als das der Menschheit als Ganzes gesehen auf ein Leben, das frei ist von dem Schatten eines nuklearen Prä-